

Jahresbericht

2021

Inhaltsverzeichnis

Der Verein.....	3
Die Beratungsarbeit.....	4
Regionalberatung.....	4
Was uns antreibt – Das Warten hat ein Ende	7
Asylverfahrensberatung in der Erstaufnahmeeinrichtung Essen.....	8
Was uns antreibt – Schutz und Sicherheit für Frau Zavgaev*	11
Beschwerdemanagement in der Erstaufnahmeeinrichtung Essen	12
Qualifizierung und Fortbildung der Berater*innen	14
Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.....	16
30 Jahre Pro Asyl Essen	16
Wechsel im Vorstand	17
#WasDuNichtSiehst - Kundgebung zum Appell an die Ausländerbehörde Essen!	17
Social Media & Onlinepräsenz	18
Veranstaltungen	18
Netzwerke.....	22
Unsere Arbeit im Integrationsrat.....	22
Mitarbeit in Arbeitskreisen	23
Vorbereitung und Beteiligung an der Behördentagung	23
Vorbereitung und Beteiligung an der BAMF-Tagung	24
Mitdenken, Mitreden, Mitmachen! Angebote rund um ProAsyl Essen	25
AsylFairFahren.....	25
Unsere Fortbildungen.....	26
Seebrücke.....	26
Spendenaufruf	29
Kooperationspartner*innen, Gremienarbeit, Förderer*innen	30
Impressum	32

Der Verein

ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V. (im weiteren Verlauf ProAsyl Essen) ist eine seit 1991 bestehende, kommunale Flüchtlingsinitiative mit einem als gemeinnützig anerkannten Förderverein. Schwerpunkte unserer Arbeit sind die Beratung und Begleitung von Geflüchteten. Darüber hinaus setzen wir uns unabhängig vom Einzelfall für die Verbesserung der Aufnahme- und Lebensbedingungen von Geflüchteten und die Förderung eines friedlichen Zusammenlebens der Kulturen ein. Das Leben von Geflüchteten ist in großen Teilen geprägt von Marginalisierung und mangelnden Integrationsmöglichkeiten. Unsicherheit bezüglich der komplexen Rechtslage rund um Aufenthalt und Asyl verstärken die Problematik. Daher versuchen wir, die Themen von Geflüchteten aufzugreifen und durch problemorientierte und individuelle Angebote Abhilfe zu schaffen. Doch das allein reicht nicht aus. Auch die Gesellschaft muss die Bereitschaft entwickeln, sich gegenüber Minderheiten zu öffnen. Deshalb gehen wir mit unseren Anliegen in die Öffentlichkeit.

Die Arbeit von ProAsyl Essen wird seit vielen Jahren besonders durch das enge Zusammenspiel von ehrenamtlichen und angestellten Mitarbeiter*innen gestaltet. Im Jahr 2021 organisierten die inzwischen neun Angestellten die Angebote des Vereins und leisteten die Beratungsarbeit an zwei Standorten gemeinsam mit ehrenamtlich Aktiven. Bereits im Laufe des Jahres 2020 mussten wir die offenen Sprechstunden pandemiebedingt einstellen und arbeiten auch in 2021 ausschließlich mit Terminen. Zusätzlich bieten wir digitale oder telefonische Beratung an. Der Verein kooperiert eng mit verschiedenen anderen Einrichtungen in Essen und darüber hinaus. Neben den Kontakten, die sich aus der Beratungstätigkeit ergeben, ist ProAsyl Essen in verschiedenen Gremien vertreten, um sich für die Rechte von Geflüchteten einzusetzen.

Der Verein feierte im vergangenen Jahr sein 30-jähriges Bestehen und ist in der Stadtgesellschaft und darüber hinaus für seine qualitative Beratung und politisches Engagement bekannt. Um dies auch weiterhin leisten zu können, sind wir auf Spenden oder Mitgliedsbeiträge angewiesen.

Im Folgenden geben wir eine Übersicht über die Aktivitäten und inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit des Vereins im Jahr 2021.

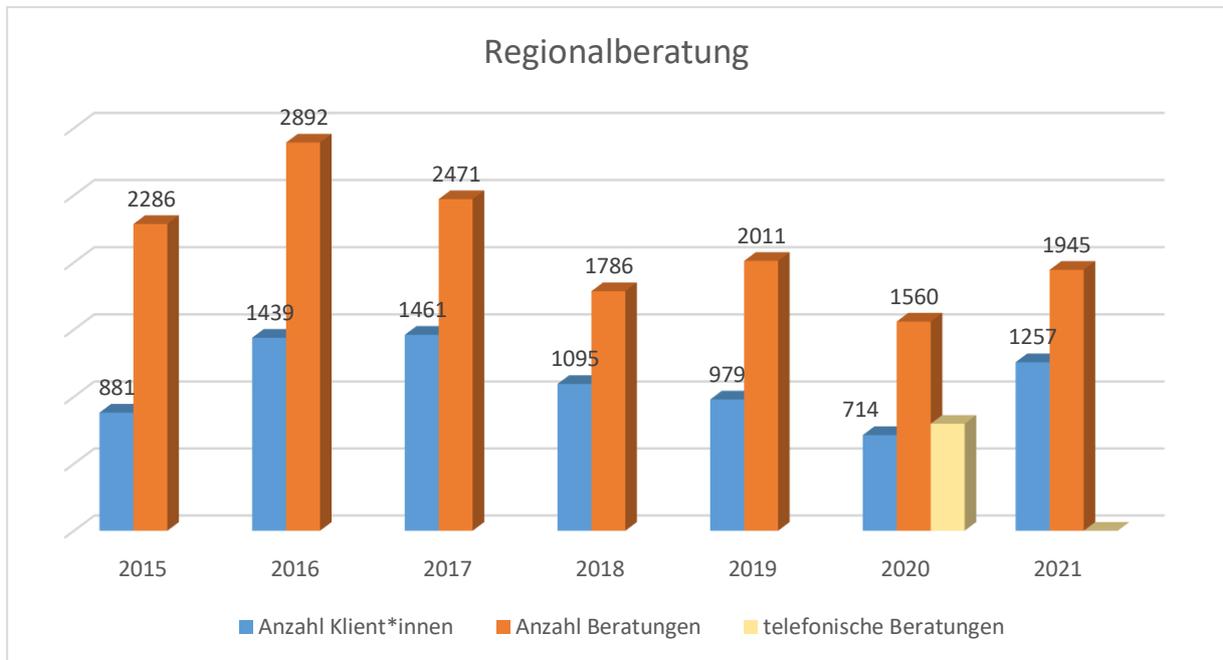
Die Beratungsarbeit

Regionalberatung

Ein Teil der Beratungsarbeit von ProAsyl Essen wird in der Regionalberatung geleistet. Direkt in der Essener Innenstadt in der Friedrich-Ebert-Str. 30 beraten wir in der Regel zweimal pro Woche Menschen aus Nordrhein-Westfalen mit einem nicht auf Dauer angelegten Aufenthaltstitel. Nach Ausbruch der Pandemie mussten wir die offene Sprechstunde einstellen und bieten seither täglich Termine an, die zuvor vereinbart werden müssen. Dadurch können nicht mehr genauso viele Klient*innen persönlich beraten werden wie in der Vergangenheit: Die Abstands- und Hygieneregeln verbieten, dass sich zu viele Menschen in unseren Räumlichkeiten aufhalten. Wo es geht, wird Beratung digital oder telefonisch angeboten, notwendige Termine werden weiterhin vor Ort persönlich durchgeführt. Nach einer kurzzeitigen Schließung zu Beginn der Pandemie im März 2020 konnten wir es schnell einrichten, die notwendigen Hygiene- und Abstandsanforderungen in der Geschäftsstelle zu installieren. Mittlerweile hat sich das System der Terminvereinbarung etabliert und wird von den Klient*innen gut angenommen. Nichtsdestotrotz möchten wir in der Zukunft wieder auf das niederschwellige Angebot einer offenen Sprechstunde zurückgreifen.

Im Jahr 2021 haben wir in der Regionalberatung insgesamt 1945 Beratungen mit 1257 Personen (davon 856 männlich, 401 weiblich) durchgeführt. Jede Person nahm also durchschnittlich 1,5 Beratungen in Anspruch. Die Zahlen beinhalten auch die telefonischen und digitalen Beratungen. Aufgrund eines technischen Problems konnten diese jedoch nicht gesondert ausgegeben werden. 740 Personen hatten eine befristete Aufenthaltserlaubnis, 153 befanden sich noch im Asylverfahren mit Aufenthaltsgestattung und 364 Personen befanden sich in Duldung. Die meisten Klient*innen kamen aus Syrien, gefolgt von Afghanistan, Iran, Guinea, Irak und Nigeria.

Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung unserer Klient*innen- und Beratungszahlen seit 2015.



Themen der Beratungsgespräche sind Fragen zum Aufenthaltsrecht (z.B. Asylverfahren, Familienzusammenführung, Aufenthaltsverfestigung, drohende Abschiebung), zur psychosozialen Situation (Unterbringung, Gesundheit, Partnerschaft und Familie), zur sozialen Sicherung sowie zu Bildung und Ausbildung.

Auch im Jahr 2021 haben wir wieder zahlreiche Geflüchtete aus Essen im Asylverfahren begleitet. Viele Asylanträge können schriftlich gestellt werden, wenn z.B. Kinder von Asylberechtigten hier geboren werden oder aus einer gültigen Aufenthaltserlaubnis heraus die Asylgründe geprüft werden sollen. Wir helfen dann bei den Formalitäten, bereiten auf die Anhörung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vor und informieren zu den möglichen Rechtsfolgen. Gerade zu Beginn des Jahres haben uns viele Menschen aus Syrien aufgesucht, um sich über die Möglichkeit eines Folgeantrages zu informieren. Hintergrund war ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes zu syrischen Kriegsdienstverweigerern (Näheres dazu in der Rubrik „Unsere Fortbildungen“). Gegen Ende des Jahres kam eine andere Gruppe von Geflüchteten mit dem Thema Folgeantrag auf uns zu. Nach der Machtübernahme der Taliban rechneten sich viele Afghan*innen gute Chancen in einem Folgeverfahren aus. In der Tat änderte sich die Entscheidungspraxis des Bundesamtes bis zum Jahresende. Nachdem es in der Vergangenheit teils haarsträubende Ablehnungen gegeben hatte, stieg die Schutzquote nach der Machtübernahme deutlich an.

Außerdem haben wir im Jahr 2021 häufig Menschen aus Syrien zum Thema Niederlassungserlaubnis und Einbürgerung beraten. Viele der Menschen, die um das Jahr

2015 nach Deutschland kamen, sind mittlerweile angekommen und haben sich ein neues Leben aufgebaut. In der Folge beschäftigen sie sich mit der langfristigen Sicherung des Aufenthaltes. Vor allem aber erfüllen nun immer mehr Menschen die Erteilungsvoraussetzungen wie ein gewisses Sprachniveau und Erwerbstätigkeit.



Beratung zu Beginn der Coronapandemie in der Friedrich- Ebert-Str. 30. Später waren Beratungen nur noch mit medizinischen Masken möglich. Foto: Andreas Teichmann

Auch zahlreiche abgelehnte Asylbewerber*innen in Duldung kamen in unsere Beratung. Sie werden zu aufenthaltsrechtlichen Alternativen wie Bleiberechtsregelungen, humanitären oder familiären Aufenthalten, Härtefallverfahren oder der Ausbildungsduldung beraten.

Insbesondere das Thema Identitätsklärung und Passbeschaffung rückte im Jahr 2021 in den Vordergrund. Ursache war die bereits 2019 eingeführte, sogenannte Duldung für Personen mit ungeklärter Identität, auch „Duldung light“ genannt. Der noch unterhalb der üblichen Duldung angelegte Status bringt die Betroffenen in eine sehr prekäre Situation. Die Corona-Pandemie hatte die Anwendung des neuen Paragraphen verzögert, sodass die Betroffenen die Auswirkungen erst im vergangenen Jahr spürten und dann unsere Beratung aufsuchten.

Was uns antreibt – Das Warten hat ein Ende

Seitdem regelmäßig eine guineische Delegation nach Essen reist, um in der hiesigen zentralen Ausländerbehörde Reisedokumente für Abschiebungen auszustellen, sind viele unserer guineischen Klient*innen von existenziellen Ängsten geplagt. Sie fürchten sich vor einer Abschiebung. So geht es auch Ibrahim Barry als ihn die Ausländerbehörde Anfang des Jahres auffordert, zu einer Vorführung bei der Delegation zu erscheinen: „Ich war verunsichert, habe mir große Sorgen gemacht und überhaupt nicht verstanden, warum ich zur Vorführung geladen wurde.“ Zumindest im Falle von Herrn Barry hätte das vermieden werden können. Denn als die Ausländerbehörde ihn zur Vorführung lädt, wartet er schon seit einem Jahr darauf, dass ihm eine Aufenthaltskarte erteilt wird.

Bereits Ende 2019 kommt Ibrahim Barry in unsere Beratungssprechstunde. Er ist zu diesem Zeitpunkt nur geduldet. Ihm droht die Abschiebung. Seine Partnerin ist Kroatian. Zusammen haben sie einen Sohn. Als kroatische Staatsbürger*innen sind die Partnerin und der gemeinsame Sohn freizügigkeitsberechtigt, solange sie in Deutschland arbeitet. Da auch Ibrahim Barry arbeitet und damit den Lebensunterhalt sichert, steht ihm als Vater des Sohnes eine Aufenthaltskarte als Familienangehöriger eines freizügigkeitsberechtigten EU-Staatsangehörigen zu. Wir reichen alle Unterlagen bei der Ausländerbehörde ein und beantragen die Aufenthaltskarte.



Herr Barry präsentiert zusammen mit unserem Berater Torben Gewehr die langersehnte Aufenthaltskarte.

Dann beginnt die in Essen leider übliche Wartezeit. Antragsstellende warten in der Regel über ein Jahr, bis die Ausländerbehörde eine Entscheidung trifft. Wie sich das für die Betroffenen anfühlt, erklärt Ibrahim Barry: „Die Wartezeit kam mir ewig vor. Ich habe ja nicht bloß auf die Entscheidung der Behörde gewartet, sondern darauf, dass ich endlich vor einer Abschiebung geschützt bin.“ Während der Wartezeit gelingt es uns, dass Herrn Barry eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis erteilt wird. Außerdem reichen wir Nachweise über seine Passbeschaffungsbemühungen ein, um die Erteilung der sogenannten Duldung Light zu verhindern, die für ihn ein Arbeitsverbot und damit die Ablehnung seines Antrags bedeuten würde.

Die Corona-Pandemie verstärkt Ibrahima Barrys Verunsicherung, denn auch er hat Angst davor, seine Arbeit zu verlieren. Als die Ausländerbehörde ihn dann noch der guineischen Delegation vorführen möchte, verliert er den Glauben daran, jemals sicher in Deutschland leben zu können. Wir wenden uns erneut an die Behörde und machen Druck. Mit Erfolg: Herr Barry erhält seine Aufenthaltskarte. Sein Termin zur Delegationsvorführung wird abgesagt. Freudestrahlend kommt er in unser Büro, um sich zu bedanken: „Nach all den Jahren der Sorgen und Ängste haben meine Freundin, mein Sohn und ich nun endlich Ruhe und wir können gemeinsam in die Zukunft blicken. Ich danke ProAsyl für die Unterstützung und den Beistand! Das werde ich nie vergessen.“

[Weitere Geschichten aus unserem Beratungsalltag können Sie auf unserer Website lesen.](#)

Asylverfahrensberatung in der Erstaufnahmeeinrichtung Essen

In der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) in Essen-Fischlaken werden Asylantragsteller*innen untergebracht, die neu in Deutschland sind. Die EAE wird vom Land Nordrhein-Westfalen betrieben. Sie ist das Resultat des politischen Willens, Geflüchtete möglichst lange in großen, isolierten Lagern unterzubringen und erst nach einem positiven Asylbescheid oder dem Ablauf einer Frist von maximal zwei Jahren einer Kommune zuzuweisen. Trotz der vielen Kritikpunkte, die ProAsyl Essen an solchen Lagern hat, haben wir uns 2015 für die Arbeit dort entschieden, um die Antragssteller*innen im Asylverfahren zu unterstützen und die Unterbringungspraxis kritisch zu begleiten.

Nach Äußerung des Asylgesuches in der Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) in Bochum kommen die Geflüchteten noch am gleichen Tag in die EAE Essen und verbleiben dort normalerweise nur wenige Tage bis Wochen. Hier finden Registrierung, medizinische Untersuchung, Asylantragstellung und die Anhörung zu den Asylgründen in kürzester Zeit statt. Unsere Aufgabe ist es, möglichst viele Bewohner*innen frühzeitig zum Verfahren, zu Rechten und Pflichten, zur Anhörung und möglichen Rechtsfolgen zu informieren. Auch Fragen zur Zuweisung, Familientrennung oder zu gesundheitlichen Problemen beschäftigen uns vor Ort.



Bei der Beratung in der EAE Essen tragen unsere Mitarbeiter*innen seit Beginn der Pandemie Schutzmasken

Wir bieten an fünf Tagen in der Woche Asylverfahrensberatung an. Da die Asylbewerber*innen in der Regel nur wenig deutsch sprechen, sind wir auf Übersetzungshilfe angewiesen. Oft bekommen wir Hilfe von ehrenamtlich tätigen Dolmetscher*innen für die Sprachen Arabisch, Türkisch und Kurdisch. Zudem können unsere Mitarbeiter*innen selbst Beratung auf Albanisch, Arabisch, Englisch, Farsi, Französisch, Italienisch und Spanisch anbieten. Für „Nischensprachen“ buchen wir externe Dolmetscher*innen.

Auch das Jahr 2021 war von der Corona-Pandemie geprägt. Immer wieder passten wir unser Hygienekonzept und Beratungsangebot den gegebenen Umständen an. Es gelang uns 2021 durchgehend Asylverfahrensberatung in der EAE Essen anzubieten. Das System der Terminvergabe hat sich mittlerweile bewährt. So können lange Warteschlangen vor unseren Büros vermieden werden. Auch der Einsatz von Video- oder Telefondolmetscher*innen gehört mittlerweile ganz selbstverständlich zum Alltag.

Im Laufe des Sommers konnten wir unsere Infoveranstaltung für Gruppen wieder aufnehmen, immer mit Blick auf das aktuelle Infektionsgeschehen in der Einrichtung. Wo es ging, wichen

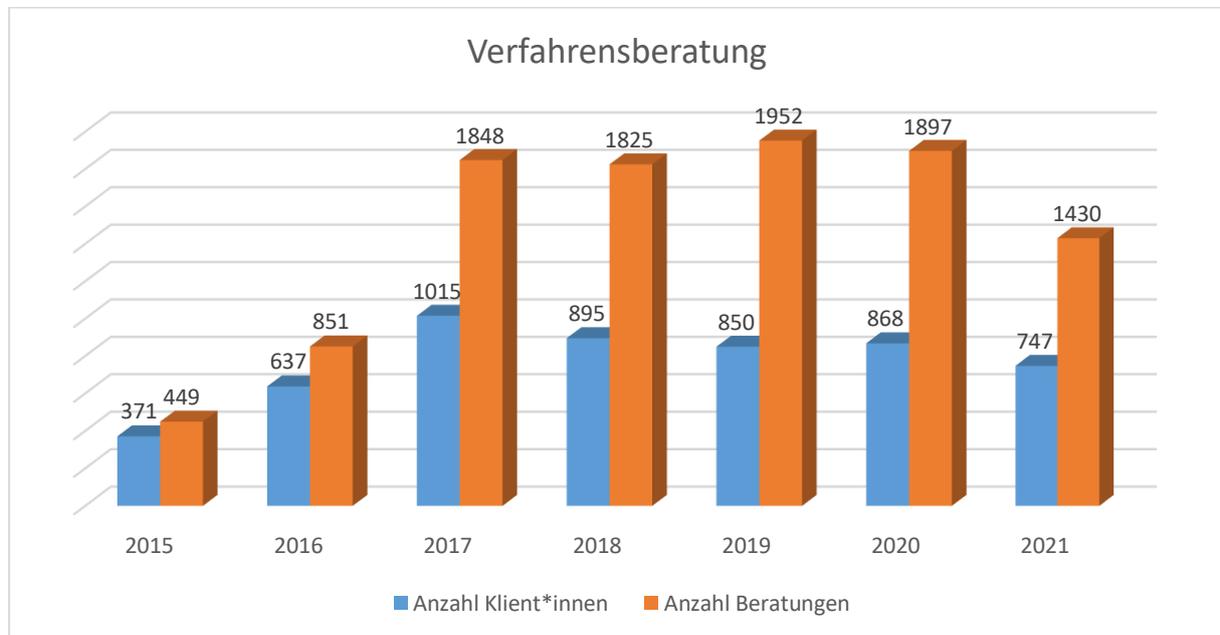
wir auf Treffen im Außenbereich aus. Bei schlechtem Wetter wurde uns die Kantine als größter Raum in der Einrichtung zur Verfügung gestellt. Die Infoveranstaltung dient einer allgemeinen Orientierung der Bewohner*innen. Oft ergeben sich daraus weitere individuelle Beratungsbedarfe. Beispielsweise können wir in den Infoveranstaltungen auf Themen wie Genitalverstümmelung oder Rechte von LGBTIQ Personen hinweisen. Dadurch fühlen sich Betroffene ermutigt, diese Themen uns gegenüber anzusprechen, sodass wir sie entsprechend weiter unterstützen und beraten können. Gegen Ende des Jahres ließen die Infektionszahlen größere Treffen nicht mehr zu, sodass wir dann keine Infoveranstaltungen mehr anbieten konnten.

Im Jahr 2021 suchten in der EAE Essen 747 Personen um Rat, mit denen 1430 Beratungsgespräche geführt wurden. Im Vergleich zu 2020 ist dies ein leichter Rückgang der Beratungszahlen. Dies mag zunächst angesichts der insgesamt angestiegenen Zahlen von Asylanträgen (bundesweiter Anstieg um 56 % gegenüber 2020¹) überraschen. Es lassen sich dafür verschiedene Erklärungen anführen. Zunächst wurde uns zum Jahr 2021 eine halbe Stelle in der Asylverfahrensberatung gekürzt. Diese fehlende Stelle kann dementsprechend keine Beratung durchführen. Des Weiteren gab es insbesondere ab August immer wieder Änderungen in den internen Abläufen, um eine Überbelegung der EAE zu vermeiden. Dadurch wurden beispielsweise im September und Oktober Personen schon vor ihrer Anhörung, teilweise vor ihrer Aktenanlage beim BAMF in die sogenannten Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) verteilt. Das bedeutet eine sehr kurze Verweildauer in der EAE Essen, was wiederum die Zeit verkürzt, in der Personen von unserer Existenz erfahren oder unsere Beratung aufsuchen können. Außerdem treten viele Fragen bezüglich des Verfahrens erst nach dem Erstkontakt mit dem BAMF auf. Wenn die Personen dann bereits weiter verteilt werden, ist eine Beratung durch uns aber nicht mehr möglich. Ebenfalls waren unsere Beratungskapazitäten in den letzten Monaten von 2021 teilweise ausgeschöpft, sodass wir bestimmte Personen abweisen und die Beratungen priorisieren mussten.

Themen der Beratungsgespräche waren vorrangig Fragen zum Asylverfahren (Ablauf des Asylverfahrens, Anhörungsvorbereitung, drohende Dublin-Abschiebung in andere EU-Länder), zur Unterbringung in den Landeseinrichtungen sowie zur physischen und psychischen Gesundheit. Auch Fragen zur familiären Situation, der Vulnerabilität oder zum Aufenthalt wurden besprochen. Die Hauptherkunftsländer der Ratsuchenden in der Erstaufnahmeeinrichtung waren im Jahr 2021 Syrien, Afghanistan, Irak, Iran, Türkei, Guinea, Somalia und Albanien. Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung unserer Klient*innen-

¹ <https://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2022/220112-asylgeschaeftsstatistik-dezember-und-jahr-2021.html>

und Beratungszahlen in der EAE Essen seit 2015.



Die Mitarbeiter*innen nehmen darüber hinaus an der Liegenschaftsbesprechung, einem wöchentlichen Treffen aller Behörden und Organisationen, teil und stehen in regem Austausch mit allen Akteur*innen der Einrichtung. Aufgrund der Corona-Situation waren regelmäßige Treffen mit dem BAMF nicht möglich. Der Kontakt besteht jedoch weiterhin und wir besprechen anlassbezogen rechtliche Grundsatzfragen und Fragen der besseren Zusammenarbeit.

Was uns antreibt – Schutz und Sicherheit für Frau Zavgaev*

Frau Selma Zavgaev* landete bei uns in der Beratung, als sie in einem psychisch sehr labilen Zustand war. Sie war kurze Zeit vorher zum zweiten Mal nach Deutschland eingereist und hatte einen Asylfolgeantrag gestellt. Ihre Anhörung hätte eine Woche später stattfinden sollen. Durch vorsichtige Gespräche konnte erreicht werden, dass sie Vertrauen zu uns fasste. Sie berichtete von schwerer Folter in ihrem Heimatland Russland, da ihr vorgeworfen wurde, sie gehöre dem Islamischen Staat (IS) an und pflege Kontakte zum IS in Syrien. Aufgrund ihrer Erlebnisse stellten wir einen Antrag beim BAMF, dass ihr in der Anhörung ein sogenannter Sonderbeauftragter für Folteropfer zur Verfügung gestellt wurde. Die Anhörung wurde verschoben und die Anhörer*in stellte sich Frau Zavgaev* im Vorfeld der Anhörung persönlich in unseren Räumen vor, damit sie bereits Vertrauen aufbauen und entspannter in die Anhörung gehen konnte. Ebenso begleiteten wir sie in die Anhörung, damit sie in einem möglichst geschützten Rahmen von ihren traumatisierenden Erlebnissen berichten konnte.

Frau Zavgaev* hatte bereits als Kind mit ihrer Mutter in Deutschland gelebt, hier die Schule besucht und eine Ausbildung als Bäckereifachverkäuferin absolviert. Aufgrund dessen spricht sie besser Deutsch als ihre Muttersprache, Russisch und führte auch ihre Anhörung in Deutsch durch. Schon als Jugendliche und junge Erwachsene litt sie an Posttraumatischer Belastungsstörung und psychischen Zusammenbrüchen und war daher in Deutschland psychologisch angebunden. Aufgrund von familiärem Druck entschied sie sich 2018 entgegen der Ratschläge von Psychologen, Betreuern, Mitarbeitern der Ausländerbehörde und Polizei wieder zurück nach Russland zu gehen, um dort in der Nähe ihrer Familie leben zu können. „Mein Leben war die Hölle“ sagte sie – immer wieder wurde sie willkürlich verhaftet und für ein paar Stunden bis hin zu mehreren Wochen inhaftiert und gefoltert. Durch die Hilfe eines Polizisten gelang es ihr schließlich Anfang 2021 mit einem italienischen Visum nach Deutschland einzureisen.

Die Anhörung und das detaillierte Schildern der Ereignisse war sicherlich nicht einfach für sie, aber aufgrund der Vorbereitung und Anpassung des Settings an die besonderen Umstände, gelang ihr ein ausführlicher und überzeugender Sachvortrag. Im Nachhinein reichte sie eine psychiatrische Stellungnahme ein, die ihre schwierige Situation stützte. Nach wenigen Monaten erhielten wir die frohe Botschaft: das BAMF hatte von seinem Selbsteintrittsrecht Gebrauch gemacht und ihr die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt. Wir wünschen Frau Zavgaev* alles Gute und hoffen, dass sie mit dem sicheren aufenthaltsrechtlichen Status die Möglichkeit hat, sich auch psychisch zu stabilisieren, ihre Erlebnisse zu verarbeiten und eine liebevolle Beziehung zu sich selbst aufzubauen.

[Weitere Geschichten aus unserem Beratungsalltag können Sie auf unserer Website lesen.](#)

*: der Name wurde zum Schutz der Person geändert

Beschwerdemanagement in der Erstaufnahmeeinrichtung Essen

Neben der Asylverfahrensberatung vertreten wir das sogenannte Beschwerdemanagement, das ausschließlich für die Bewohner*innen gedacht ist. Im Rahmen des Beschwerdemanagements können Probleme und Konflikte, die sich innerhalb der Einrichtung ergeben, vertraulich besprochen werden. Es werden vielfältige Probleme vorgetragen, unter anderem geht es um Kritik an der Versorgung und Verpflegung, Konflikte im Umgang mit den Behörden, den Sozialbetreuer*innen oder der Security. Oft wird auch eine ungenügende physische oder psychische Versorgung bemängelt.

Die Beschwerden werden entgegengenommen und im Dialog mit den Akteur*innen vor Ort bearbeitet. Falls sie nicht unmittelbar zu lösen sind, werden sie an die überregionale Koordinierungsstelle Beschwerdemanagement weitergeleitet. Diese war bis Ende 2019 beim Flüchtlingsrat NRW und damit bei einer nichtstaatlichen Stelle angesiedelt. In einer Übergangsphase von Januar 2020 bis Juni 2021 lag das Beschwerdemanagement direkt beim Ministerium für Kinder, Flüchtlinge, Familie und Integration (MKFFI) und somit bei der Behörde, die die Bedingungen vorgibt, unter denen Asylsuchende in NRW leben müssen. Sie ist zudem eng mit den Akteuren, gegen die sich die meisten Beschwerden richten (Bezirksregierung, Betreiber der Unterkünfte) vernetzt und somit nicht unabhängig. Im Juni 2021 wurde angekündigt, dass ein neues Amt geschaffen wurde, das ehrenamtlich besetzt wurde: der unabhängige Beschwerdebeauftragte für Asylsuchende in Landesunterkünften. Für dieses Amt wurde der ehemalige Staatssekretär Karl Peter Brendel benannt. Bei der Schaffung und Besetzung dieser Stelle wurde keine Rücksprache mit den Wohlfahrtsverbänden und den freien Träger gehalten, was zu Unmut führte. Das Konzept des Beschwerdemanagements kann aus unserer Sicht nur erfolgreich sein, wenn eine tatsächlich unabhängige Stelle die strukturellen Beschwerden bearbeitet und nicht ein Amt, das direkt beim Ministerium angesiedelt ist. Diese Kritik teilen die Wohlfahrtsverbände sowie die Kooperationspartner der Flüchtlingsberatung in NRW.

Im Jahr 2021 sind insgesamt 18 Beschwerden eingegangen, die sich mehrheitlich gegen mangelnde medizinische Versorgung, gegen die Behandlung und Versorgung durch den Betreiber, gegen Nicht-Auszahlung der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und gegen die Auswahl der Anschlussunterbringung richteten. Die vergleichsweise geringe Anzahl ist einerseits auf die gute Zusammenarbeit mit den Akteur*innen in der Einrichtung zurückzuführen. Andererseits haben aber viele Bewohner*innen Angst davor, sich offiziell zu beschweren. Zudem möchten viele nicht undankbar erscheinen und finden sich daher oft mit unzufriedenstellenden Situationen ab. Grundsätzlich besteht auch die Möglichkeit anonymer Beschwerden. Diese Möglichkeit wurde aber 2021 nicht in Anspruch genommen. In einem Fall bezüglich der Nicht-Auszahlung von Leistungen konnte die Beschwerde nicht vor Ort gelöst werden.

Der Hintergrund dieser ungelösten Beschwerde ist folgender: Es ist gängige Praxis in der EAE Essen und auch in anderen Landeseinrichtungen, dass das „Taschengeld“ in Höhe von ca. 34 € pro Woche an einem Tag alle zwei Wochen in bar ausgezahlt wird. Alles andere erhalten sie als Sachleistungen (z.B. Essen, Unterkunft, Kleidung). Erscheinen die Leistungsberechtigten unentschuldigt (Behörden- und Arzttermine sind Entschuldigungen) nicht zu dem

Auszahlungstermin, werden ihnen meist kommentarlos die Leistungen entzogen und sie können erst zwei Wochen später wieder Taschengeld erhalten. Dies entspricht einer Leistungskürzung von 50 %. Häufig werden Bewohner*innen nicht in einer ihnen verständlichen Sprache über den Auszahlungstermin informiert und verpassen daher insbesondere in den ersten Wochen diesen Termin. Aufgrund von Beschwerden, die bei uns eingingen, konnte vor Ort erwirkt werden, dass Kindern in Familien das Geld ausbezahlt wurde, da sie nicht für die Unwissenheit ihrer Eltern zur Verantwortung gezogen werden können.

Unserer Auffassung nach haben jedoch auch die Eltern Anspruch auf die Leistungen. Die Kürzung an sich ist strittig, eine Leistungskürzung von mehr als 30 % gilt jedoch allgemein als nicht rechtmäßig. Um den Personen die Chance zu geben, gegen die Kürzungen vorgehen zu können, müsste ihnen zumindest ein Leistungsbescheid ausgestellt werden. Dies wird jedoch regelmäßig von der Bezirksregierung verweigert. Aus diesem Grunde leiteten wir die Beschwerde an die überregionale Beschwerdestelle weiter, die sich der Sache annahm. Anfang 2022 konnte damit erreicht werden, dass das MKFFI die Bezirksregierungen anweist, den Personen Leistungsbescheide auszustellen. Damit können Betroffene dann ihre Rechte einfordern. Diese Beschwerde hatte somit sogar über unsere Einrichtung hinaus eine erfolgreiche Wirkung. In der EAE Essen wird in der Zwischenzeit das Taschengeld nachbezahlt, da das Erstellen eines rechtlich einwandfreien Bescheids zu aufwendig erscheint.

Qualifizierung und Fortbildung der Berater*innen

Die Probleme der Geflüchteten werden zunehmend komplexer, so dass sie oft über mehrere Monate durch unsere Beratungsstelle betreut werden. Dem hohen Beratungsbedarf kann nur Rechnung getragen werden, indem nicht nur die hauptamtlichen, sondern auch die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen von ProAsyl Essen regelmäßige Qualifizierung und Fortbildung erhalten. Der Großteil der im Folgenden geschilderten Fortbildungsmaßnahmen fand aufgrund der Pandemie im digitalen Rahmen statt:

Berater*innentreffen

Das Berater*innentreffen findet einmal im Monat statt. Es dient der Qualifizierung ehrenamtlicher und hauptamtlicher Mitarbeiter*innen im Bereich Asyl-, Aufenthalts- und Sozialrecht. Die internen Fortbildungen werden vier- bis sechsmal im Jahr von Rechtsanwält*innen angeleitet, um sicherzustellen, dass der Verein Rechtsberatung im Sinne

des Rechtsdienstleistungsgesetzes anbieten darf. Bei Bedarf werden auch andere Expert*innen eingeladen.

Die übrigen Fortbildungstermine werden von Mitarbeiter*innen von ProAsyl Essen vorbereitet und durchgeführt. So kann jederzeit spontan auf wichtige aktuelle Neuerungen (z.B. Erlasse, Gesetzesänderungen oder Gerichtsurteile) eingegangen werden. Am Ende jeder Sitzung besteht die Möglichkeit, Fallbeispiele anonymisiert durchzusprechen und Handlungsoptionen für den Einzelfall in der Gruppe zu erarbeiten. Für die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen besteht zudem die Möglichkeit im Rahmen des verfügbaren Budgets externe Fortbildungen zu besuchen.

Supervision

Zur Begleitung der Beratungstätigkeit der Mitarbeiter*innen wird regelmäßig professionell Supervision angeboten. Im Jahr 2021 wurden sechs Sitzungen durchgeführt. Neben Fallbesprechungen und dem Umgang mit den oft belastenden Beratungssituationen wurden auch Arbeitsabläufe und Teamproblematiken angesprochen. Qualitätssicherung und -optimierung nahmen einen großen Stellenwert ein.

Fach austausche der Asylverfahrensberatungs- und Beschwerdemanagementstellen

Die Mitarbeiter*innen aller Landeseinrichtungen in NRW treffen sich regelmäßig zum Austausch, um Strukturen und Abläufe zu vergleichen und Problemstellungen zu identifizieren. Darüber hinaus wird über rechtliche Neuerungen und neue Erlasse berichtet, die für unsere Beratung relevant sind.

Ebenso gibt es regelmäßige Austauschtreffen der Beschwerdemanagementstellen in NRW. In diesem Zusammenhang können Probleme, die in der Praxis auftauchen, angesprochen werden. Grundsätzliche strukturelle Konflikte, die nicht lösbar sind und in mehreren Einrichtungen auftauchen, werden bei Bedarf gesammelt und mit der Bitte um Klärung an das Ministerium für Kinder, Flüchtlinge, Familie und Integration (MKFFI) weitergeleitet.

Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit

30 Jahre Pro Asyl Essen

Das Jahr 2021 markierte das 30-jährige Bestehen des Vereins. Dementsprechend war vorgesehen dieses Jubiläum gebührend zu feiern. Doch leider fiel der runde Geburtstag in das zweite Jahr der Corona-Pandemie. So musste das eigentlich geplante Vorgehen pandemiekonform angepasst werden. Also keine große Feier mit Rahmenprogramm, Essen und Musik. Auch kein Empfang im Rathaus oder andere kleinere Veranstaltungen. Die Einschränkungen der Pandemie durchkreuzten nahezu alle Jubiläumspläne.

Letztendlich entschieden wir uns dafür in der digitalen Welt zusammenzukommen und so mit Freund*innen und Unterstützer*innen den Abend miteinander zu verbringen. Im Rahmen dessen spielte Riadh Ben Ammar sein Theaterstück "Die Falle" online für uns. Das Stück befasst sich mit den abriegelten EU-Außengrenzen und den Träumen und Sehnsüchten, die sie auf der anderen Seite auslösen. Im Anschluss gab es ein Gespräch mit dem Künstler über sein Stück und die damit zusammenhängenden Themen.



Broschüre zum 30-jährigen Jubiläum

Ein Plan, der durch die Pandemie nicht beeinflusst wurde, war die Veröffentlichung der Broschüre „30 Jahre Engagement in Essen - Asylrecht ist Menschenrecht“, die anlässlich des Jubiläums herausgebracht wurde. Die Broschüre zeigt, dass sich die Haltung in Essen zur Aufnahme Geflüchteter in den letzten 30 Jahren in manchen Punkten positiv verändert hat, aber trotz allem Vorstellungen von Abschottung und rassistische Vorurteile noch lange nicht überwunden sind. Deshalb bleiben zivilgesellschaftliche Initiativen wie ProAsyl Essen wichtig für unsere Demokratie. Die Broschüre kann [hier](#) heruntergeladen werden.

Wechsel im Vorstand

Das Jubiläumsjahr brachte für den Verein auch große interne Veränderungen. Mit Kathrin Richter und Gabi Giesecke verließen zwei Gründungsmitglieder den Vorstand. Aus persönlichen Gründen verzichteten beide darauf sich zur Wiederwahl zu stellen. In der Vergangenheit haben sie nicht nur in der Vorstands-, sondern auch in der kommunalen Vernetzungsarbeit einen wichtigen Beitrag für ProAsyl Essen geleistet. Frau Richter wird den Verein auch weiterhin im Integrationsrat vertreten.

Als Nachfolge tritt Nima Naghshbandi in den Vorstand ein. Als ehemaliger Klient und ehrenamtlicher Berater kennt er den Verein aus verschiedenen Perspektiven und bringt dem Vorstand so nicht nur eine Verjüngung, sondern ergänzt auch einen bislang nicht vertretenen Blickwinkel. Weiterhin im Vorstand bleiben Achim Gerhard-Kemper und Arno Staudé. Im Zuge der personellen Veränderungen starteten wir gegen Ende des Jahres eine Beratung zur Organisationsentwicklung, um als Verein kommenden Herausforderungen besser entgegen zu können.

#WasDuNichtSiehst - Kundgebung zum Appell an die Ausländerbehörde Essen!



Kundgebung zum Appell an die Ausländerbehörde Essen
#WasDuNichtSiehst

**3. SEPTEMBER
16 Uhr
Rathaus
Essen**

Bitte haltet euch an die aktuelle Corona-Schutzverordnung. Das Tragen von einer FFP2 Maske oder einem medizinischen Mund-Nasen-Schutz ist verpflichtend.

Wir sind Unterstützer:innen im Bereich Flucht und Migration und mussten feststellen, wie sich die Bedingungen für ausländische Mitbürger:innen bei der Ausländerbehörde Essen, in den letzten Jahren verschlechtert haben. Der zuständige Arbeitskreis wird am 03.09.2021 in Präsenz im Rathaus tagen. Daher rufen wir zu einer Kundgebung vor dem Rathaus auf. Kommt vorbei!

ProAsyl Essen
Essener Verein für Asyl und Flüchtlinge
30 YEARS
ProAsyl Flüchtlingsrat Essen
Viertelimpuls

Auch im vergangenen Jahr beschäftigte uns einmal mehr das Thema der anhaltenden Missstände bei der Essener Ausländerbehörde. Daher haben wir uns mit mehreren Essener Vereinen und Initiativen, die in der Migrations- und Flüchtlingsarbeit tätig bzw. mit den Problemen von Migrant*innen im weiteren Arbeitsumfeld konfrontiert sind, zusammenschlossen und einen [Appell](#) an die Ausländerbehörde Essen formuliert. In dem Appell werden die seit langem anhaltenden Missstände kritisiert und unbürokratische Lösungen gefordert. Die fünf Kernforderungen lauten: schnellere Terminvergabe, ein Ende der Terminzettel, zeitnahe Antragsbearbeitung, eine bessere Erreichbarkeit und die Etablierung einer Willkommenskultur.

Flyer zur Kundgebung

Am 03.09.2021 fand zu dem Appell eine Kundgebung vor dem Rathaus Essen statt. Zur gleichen Zeit tagte im Rathaus der sogenannte interfraktionelle Arbeitskreis, der sich mit den Problemen der Ausländerbehörde beschäftigt. Der Protest fand zahlreiche Unterstützer*innen und die Presse berichtete ausführlich. Eine wirklich spürbare Verbesserung der Missstände ist leider bis heute nicht eingetreten. Wir bleiben weiter am Thema.

Social Media & Onlinepräsenz

Im digitalen Raum sind wir mit drei Formaten präsent: unserer Website, unserer Facebook-Seite und dem Infobrief/Newsletter. Die [Website](#) nutzen wir als allgemeine Informationsseite über den Verein und seine Arbeit. Hier machen wir auf Veranstaltungen aufmerksam, veröffentlichen Pressemitteilungen, berichten über aktuelle Aktivitäten des Vereins und stellen Materialien zur Verfügung.

Auf der [Facebookseite](#) posten wir regelmäßig zu verschiedenen asyl- und migrationspolitischen Themen. Die Seite wird auch gelegentlich von Geflüchteten und ihren Unterstützer*innen genutzt, um mit uns Kontakt aufzunehmen. Im Jahr 2021 konnten wir unsere Reichweite weiter ausbauen. Am Jahresende erreichte die Seite insgesamt 1783 Likes und 1789 Follower.

Über 550 Haupt- und Ehrenamtliche aus der Flüchtlingsarbeit, sowie andere Interessierte erhalten regelmäßig unseren Infobrief per Mail. In diesem Newsletter-Format berichten wir über aktuelle politische und rechtliche Entwicklungen und deren Einfluss auf unsere Arbeit und das Leben der Geflüchteten in der Stadt und in der Erstaufnahmeeinrichtung. [Die veröffentlichten Infobriefe stehen zum Nachlesen auf der Website zur Verfügung.](#)

Veranstaltungen

Um unsere Anliegen in die Stadtgesellschaft zu tragen und Themen zu platzieren, organisiert ProAsyl Essen in Eigenregie oder unter Einbindung von unseren Kooperationspartner*innen jährlich mehrere Veranstaltungen. Dabei versuchen wir über ein Fachpublikum hinaus, eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen.

Vorträge zum Thema Abschiebehaft

Seit Anfang des Jahres 2021 rückte das Thema Abschiebung bei uns wieder mehr in den Fokus. Nachdem zu Beginn der Pandemie Abschiebungen nahezu komplett eingestellt und nur vereinzelt durchgeführt wurden, stieg die Zahl dieser staatlich verordneten Gewaltakte wieder deutlich an. Im Rahmen dessen besteht die Möglichkeit Betroffene in die sogenannte Abschiebehaft zu nehmen. Zu diesem Thema luden wir Frank Gockel vom Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.“ als Referenten eine zweitägige Vortragsreihe ein. In der ersten Veranstaltung „Abschiebehaft in Deutschland am Beispiel der Abschiebehaft in Büren“ am 18.05.2021 wurde die (Un-) Rechtspraxis der Abschiebehaft beschrieben. In der zweiten Veranstaltung „Erste Hilfe bei Abschiebehaft – Was tun, wenn jemand verhaftet wurde?“ am 25.05.2021 bekamen die Teilnehmer*innen Informationen darüber, wie sie in einer Verhaftungssituation schnell und zielgerichtet intervenieren können.









 Europa fördert
Organisierte Migration





„Abschiebehaft in Deutschland am Beispiel der Abschiebehaft in Büren“
 Dienstag, 18.05.2021 18:00 – 20:00

Viele Menschen haben keine Vorstellung davon, was es heißt, abgeschoben oder gar in Abschiebehaft genommen zu werden. Mit dieser Veranstaltung möchten wir deshalb über die (Un-) Rechtspraxis der Abschiebehaft informieren.

- Unter welchen Bedingungen kann ein Mensch in Abschiebehaft genommen werden?
- Wie sind die Bedingungen in der Haftanstalt in Büren?
- Welche Rechte haben Menschen in Abschiebehaft?

Diese und eure weiteren Fragen werden in dem 2-stündigen Vortrag von Frank Gockel vom Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.“ beantwortet. Außerdem wird ein Betroffener über seiner Erfahrung in der Haftanstalt berichten.

Flyer zur Veranstaltung zur Abschiebehaft

Rettungskette für Menschenrechte

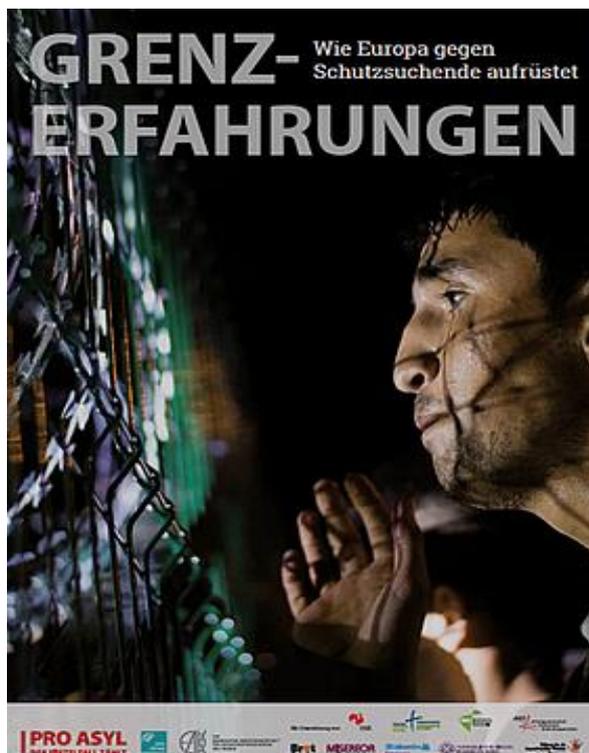
Am 18. September 2021 führte die Rettungskette für Menschenrechte über 15 km durch Essen. Insgesamt 10 Knotenpunkte gab es entlang der Strecke in Essen, einen an der Geschäftsstelle von ProAsyl Essen. Den Organisator*innen von der Seebrücke Essen ging es darum, ein unübersehbares Zeichen für Menschlichkeit, Menschenrechte und gegen das



Sterben im Mittelmeer zu setzen. Eine Menschenkette von Norddeutschland bis zum Mittelmeer sollte zeigen, dass wir geschlossen zusammenstehen für ein geeintes Europa. Denn Menschenrechte gelten universell!

Quelle: <https://www.waz.de/staedte/essen/hunderte-essener-bilden-rettungskette-fuer-menschenrechte-id233357507.html>

Ausstellung „Grenzerfahrungen“ und Gespräch mit Isabel Schayani in der Marktkirche



Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten arbeiten seit Jahren darauf hin, den Zugang zum Recht auf Asyl insbesondere an den EU-Außengrenzen faktisch abzuschaffen. Aktuell sind mehr Menschen auf der Flucht als jemals nach dem Zweiten Weltkrieg. Nur ein kleiner Teil kommt nach Europa, oft auf lebensgefährlichen Fluchtwegen. Die Ausstellung „Grenzerfahrungen“ gibt ein Bild davon, wie weit sich die EU bei der Flüchtlingsabwehr mittlerweile von ihren eigenen menschenrechtlichen Grundsätzen entfernt hat.

Plakat zur Ausstellung

In Zusammenarbeit mit pax christi Essen holten wir die Ausstellung vom 16.11.2021 bis 23.11.2021 nach Essen in die Marktkirche. Im Rahmen dessen gelang es uns die Journalistin Isabel Schayani für ein Gespräch über die Situation an den EU-Außengrenzen zu gewinnen. Sie hat vielfach von der Situation an den EU-Außengrenzen berichtet, für ihre Berichterstattung aus Moria wurde sie 2021 mit dem Grimme-Preis ausgezeichnet. Die Veranstaltung fand in einem hybriden Format statt.



Gespräch in der Marktkirche und Zoom-Übertragung

Netzwerke

Die Netzwerkarbeit hat bei ProAsyl Essen einen hohen Stellenwert. Einerseits helfen uns starke Netzwerke eine größere Reichweite für unsere Anliegen, auch über die kommunale Ebene hinaus, zu erzielen. Andererseits sind sie im kommunalen Bereich unerlässlich, um Hilfsstrukturen für Geflüchtete zu erhalten und auszubauen. Eine große Rolle spielen zudem auf beiden Ebenen der Austausch und das Erwerben von fachlichem Wissen über behördliches Handeln und Entscheidungswege. Nicht zuletzt deshalb sind wir auch bei der Behörden- und BAMF-Tagung vertreten.

Unsere Arbeit im Integrationsrat

Bereits seit 1975 gibt es in Essen einen Ausländerbeirat zur Vertretung der politischen Interessen der nichtdeutschen Bevölkerung in der Kommunalpolitik. In den 90er Jahren entstand langsam das Bewusstsein dafür, dass dies der angemessene Ort ist, an dem auch die Belange von Geflüchteten zur Sprache kommen und beraten werden sollten. So wurde eine Vertreterin von ProAsyl Essen als beratendes Mitglied berufen. Vereinzelt gab es noch immer Zweifel, dass die Belange von Geflüchteten zur Sprache kommen dürften, denn „es geht doch hier um Integration“. Trotzdem konnte unsere Vertreterin durch entsprechende Fragen an Verwaltung und Ausländerbehörde erreichen, dass die Themen der Geflüchteten wahrgenommen und ernsthaft beraten wurden.

Aufgrund landespolitischer Vorgaben entschied der Rat die Bildung eines Integrationsrates, der seit 2010 die Interessen der in Essen lebenden Menschen mit Migrationshintergrund (Zuwanderungsgeschichte) vertritt. Hierbei ermöglicht er auch Menschen, die aufgrund ihrer ausländischen Staatsbürgerschaft in Deutschland von den Wahlen zu den Parlamenten und dem Stadtrat ausgeschlossen sind, die Beteiligung am kommunalpolitischen Geschehen. Der Integrationsrat kann sich einerseits mit allen gemeindlichen Angelegenheiten befassen und dem Rat der Stadt und seinen Ausschüssen Stellungnahmen und Empfehlungen vorlegen. Andererseits ist es möglich auf Aufforderung des Rates oder eines Ausschusses Stellungnahmen zu bestimmten Sachverhalten abzugeben. Neben der inhaltlichen Arbeit bieten die regelmäßige Sitzungsteilnahme und die vielen Kontakte zu den anderen Akteur*innen des Integrationsrates für uns eine gute Möglichkeit der Netzwerkarbeit.

In den letzten Jahren kamen immer mehr Verwaltungsvorlagen zu den Themen Unterbringung von Geflüchteten, Schulbesuch von geflüchteten Kindern, Arbeitsintegration, Arbeitsweise der Ausländerbehörde und anderen Themen auf die Tagesordnung. Es ist ein gutes Zeichen, dass

inzwischen Integrationsmaßnahmen selbstverständlich auch Geflüchtete einbeziehen. ProAsyl Essen konnte dazu Stellung nehmen und auch durch Anfragen und Anträge Themen auf die Tagesordnung bringen. In 2021 standen im Integrationsrat wieder einmal die Missstände bei der Ausländerbehörde Essen hinsichtlich Terminvergabe und Sachbearbeitung im Fokus. Dazu tagte auch der sogenannte Interfraktionelle Arbeitskreis unter Beteiligung von ProAsyl Essen zu dem Problemkomplex Ausländerbehörde. Darüber hinaus bestimmten Berichte über die Auswirkungen der Corona-Pandemie die Sitzungen.

Mitarbeit in Arbeitskreisen

Auf kommunaler und auch regionaler Ebene sind wir in mehreren Arbeitskreisen vertreten. In Essen nehmen wir am Arbeitskreis Flucht und Migration (AKFM) sowie dem Arbeitskreis Regionale Flüchtlingsberatung teil. Ersterer entstand aus der gemeinsamen Organisation mehrerer Flüchtlingskonferenzen von flüchtlingspolitischen Akteur*innen und versteht sich als informelles Gremium, das gemeinsam die Flüchtlingspolitik der Stadt kritisch beobachtet. Im AK Regionale Beratung treffen sich die Berater*innen der verschiedenen Essener Träger zum fachlichen Austausch. Aufgrund der Corona-Pandemie fanden die Treffen digital statt. Der thematische Dauerbrenner war die Ausländerbehörde und die langen Warte- und Bearbeitungszeiten sowie die Kontaktaufnahme zur Behörde. Darüber hinaus nehmen wir auf der regionalen Ebene regelmäßig am Arbeitskreis Westliches Ruhrgebiet teil. Das Treffen bietet die Möglichkeit des fachlichen Austausches mit Berater*innen aus anderen Städten.

Vorbereitung und Beteiligung an der Behördentagung

Die Behördentagung ist ein jährlich stattfindendes Austausch- und Vernetzungstreffen von Behördenvertreter*innen diverser kommunaler und zentraler Ausländerbehörden, BAMF, Innenministerium NRW auf der einen sowie Wohlfahrtsverbänden und NGOs auf der anderen Seite. Aufgrund der guten Vernetzung und der engen Zusammenarbeit mit anderen Beratungsstellen und Behörden, sind wir seit 2017 Mitglied in der Vorbereitungsgruppe der Behördentagung. Nachdem die Tagung im Jahr 2020 coronabedingt abgesagt worden war, fand sie 2021 erstmals in einem digitalen Format statt. Inhaltliche Schwerpunkte waren u.a. Entwicklungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht, die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen auf die Behörden- und Beratungspraxis sowie die Rückführungspolitik und Abschiebep Praxis.

Vorbereitung und Beteiligung an der BAMF-Tagung

Am 23. Und 24. September 2021 fand die BAMF-Tagung pandemiebedingt erneut online statt. Die jährliche stattfindende Tagung dient dem Austausch und der Konfrontation zwischen BAMF, Beratungsstellen, Rechtsanwält*innen, Behördenmitarbeiter*innen und weiteren Interessierten. Wie in den Vorjahren konnten wir wieder Themen setzen und an der Gestaltung der Veranstaltung mitwirken. Wir organisierten den Länderschwerpunkt Äthiopien / Eritrea. Auch 2022 beteiligen wir uns wieder an der Planung der Tagung.

Mitdenken, Mitreden, Mitmachen! Angebote rund um ProAsyl Essen

AsylFairFahren

Das Projekt, das Schulungen für Ehrenamtliche anbietet und sie anschließend an Ratsuchende aus unserer Beratung vermittelt, die sich Begleitung zu Behörden wünschen, startete bereits im Juli 2018. In den letzten Jahren sank jedoch die Nachfrage nach Begleitungen seitens der Ratsuchenden. Besonders im Zuge der Corona-Pandemie wurden viele Termine telefonisch oder online erledigt oder es gab zu starke Zutrittsbeschränkungen, sodass keine weiteren Begleitpersonen mitkonnten. In der EAE Essen wurde seit Mitte 2021 Ehrenamtliche wieder der Zugang gestattet, soweit es das Infektionsgeschehen erlaubte. Dies bot die Gelegenheit, ein „Rauskommen-Angebot“ für die Bewohner*innen der Einrichtung anzubieten, bei der sie erste Kontakte zu der Aufnahmegesellschaft knüpfen konnten.



Spontane TANZEINLAGE beim Rauskommen-Angebot in der Nähe der EAE

bot. Vor allem im Sommer wurden so auch viele vorbeilaufende Passant*innen auf das Angebot aufmerksam und setzten sich gerne mit dazu.

Die schon im Jahr 2020 entwickelte Idee einer Online-Sprechstunde wurde auch 2021 weiter fortgeführt. Zusätzlich wurde ein offener Treff in Kooperation mit dem VielRespekt-Zentrum initiiert. Bei diesem Treffen tauschen sich die Ehrenamtlichen wöchentlich aus, es gibt Hilfe für Ratsuchende beim Ausfüllen von Formularen oder Bewerbung schreiben, manchmal kulinarisches, spielerisches oder musikalisches Ange-

Trotz der pandemischen Einschränkungen fanden Fortbildungen, Austauschtreffen sowie Supervision regelmäßig in digitaler Form statt. Einzelne Treffen im Sommer und Herbst konnten auch in Präsenz durchgeführt werden, so zum Beispiel ein Workshop zu Rassismus und Vielfalt, bei dem wir auch unsere eigenen Vorurteile reflektieren und die Tragweite von Rassismus in der heutigen Gesellschaft erkennen konnten.

Zum Ende des Jahres 2021 endete das Projekt AsylFairfahren. Aktuell bemühen wir uns um die Konzeption und Finanzierung eines Folgeprojektes.

Unsere Fortbildungen

ProAsyl Essen ist im Stadtgebiet bekannt für qualitativ hochwertige Beratung zum Thema Asyl- und Aufenthaltsrecht. Aufgrund dieser Expertise erhalten wir regelmäßig Anfragen, unser Wissen in Form von Fortbildungen zu verschiedenen Themenbereichen weiterzugeben. Inhaltlich bieten wir Grundlagen- und vertiefende Schulungen zum Themenkomplex Asyl- und Aufenthaltsrecht an. Darüber hinaus leisten wir mit den Vorträgen auch politische Bildungsarbeit, indem wir zum Beispiel an Schulen zu Flucht und Fluchtursachen informieren. Die Schwerpunkte unserer Fortbildungen orientierten sich an den Bedürfnissen der Beratungsstellen. [Nähere Informationen zu Schulungen und Fortbildungen finden Sie auf unserer Website.](#)

Nachdem es im Vorjahr aufgrund der Corona-Pandemie einen deutlichen Einbruch an Fortbildungsanfragen gab, änderte sich die Situation in 2021. Wir starteten das Jahr mit einer digitalen Informationsveranstaltung für syrische Geflüchtete, denn wegen eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes zu syrischen Kriegsdienstverweigerern hatten sich die Beratungsanfragen gehäuft. Die Veranstaltung wurde gemeinsam von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen von ProAsyl Essen durchgeführt. Viele Betroffene erhofften sich von dem Urteil eine neue Chance die Flüchtlingseigenschaft mittels eines Folgeantrages zu erhalten. Wir erklärten das Urteil und die vermutlich schlechten Aussichten für Folgeanträge und zeigten andere Möglichkeiten der Aufenthaltssicherung auf.

Im weiteren Verlauf des Jahres konnten wir weitere Fortbildungen in digitaler Form durchführen, u.a. für Organisationen der Jugendhilfe und andere Fachberatungsstellen. Zudem informierten wir bei einem Schulbesuch über das Thema Flucht und Asyl und im September bei einer Präsenzveranstaltung über Bleiberechtmöglichkeiten. Aus der Erfahrung des Jahres zeigte sich, dass sich Fortbildungen gut im digitalen Format abhalten lassen. Wir werden diese Möglichkeit daher auch in Zukunft weiterhin anbieten.

Seebrücke

Im März 2019 gründete sich im Umfeld von ProAsyl Essen die [Essener Lokalgruppe der Seebrücke](#). Die Gruppe wird von uns unterstützt und trifft sich alle zwei Wochen. Die Seebrücke ist eine bundesweite Bewegung, die sich für die Aufnahme von Geflüchteten und gegen die europäische Abschottungspolitik einsetzt. Auf kommunaler Ebene versuchen die Lokalgruppen ihre Städte zu sicheren Häfen zu machen. Eine Stadt, die sich zum sicheren

Hafen erklärt, signalisiert der Landes- und der Bundesregierung, dass sie bereit ist, über die gegebenen Verpflichtungen hinaus, Geflüchtete aufzunehmen. In Deutschlandweit gibt es bislang 309 sichere Häfen und es werden immer mehr.

Die Essener Seebrücke setzt sich dafür ein, dass auch Essen zu einem sicheren Hafen wird. Obwohl dieses Vorhaben trotz mehrerer Anläufe bislang gescheitert ist, bleibt die Lokalgruppe präsent in der Essener Stadtgesellschaft. Vor allem wegen der katastrophalen Situation an den EU-Außengrenzen bleiben die Aktivist*innen hartnäckig und fordern weiterhin die zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten in Essen. 2021 stand das Thema Pushbacks, also die illegale gewaltsame Zurückdrängung von Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen, im Fokus der öffentlichen Aktionen der Gruppe. Seit Jahren kommt es auf dem Mittelmeer und den Außengrenzen des europäischen Festlands, wie etwa auf dem Balkan oder in Polen zu massiven Menschenrechtsverletzungen und massiver Gewalt durch das EU-Grenzregime und die nationalen Grenzschutzbehörden. Anlässlich des Weltflüchtlingstags am 20. Juni rollten wir gemeinsam mit der Seebrücke riesige Transparente auf dem Kennedyplatz aus, um den Opfern der Festung Europa zu gedenken. Zum Tag der Seenotrettung gab es ein Live-Video mit Jan Philip Graf, einem Experten im Bereich des internationalen Rechts, der sich schwerpunktmäßig mit der EU-Grenz- und Asylpolitik sowie der Seenotrettung beschäftigt. Außerdem mischten wir uns zusammen mit der Seebrücke im Wahljahr 2021 in die Bundestagswahl ein und befragten die Essener Bundestagskandidaten zu den Themen Flucht, Asyl und Seenotrettung. Als die Taliban im August in Afghanistan die Macht übernahmen, wandte sich die Seebrücke mit einem offenen Brief an Thomas Kufen und forderte die Evakuierung und Aufnahme von afghanischen Geflüchteten.

Auch wenn es momentan nicht danach aussieht, dass Essen zum sicheren Hafen wird, wirkt die Essener Seebrücke mit ihren vielfältigen Aktionen in die Stadtgesellschaft hinein und lässt uns nicht vergessen, dass jährlich Tausende Menschen an den EU-Außengrenzen ihrer Menschenrechte beraubt und schlimmstenfalls dem Tod überlassen werden.



„Sichere Fluchtwege jetzt!": Seebücke-Aktion auf dem Kennedy-Platz, 20.06.2021

Spendenaufwurf

Als unabhängige Organisation sind wir für den Erhalt unserer Arbeit, insbesondere für die Durchführung spezieller Projekte, wie z.B. AsylFairFahren auf finanzielle Unterstützung angewiesen. So können außerdem ehrenamtliche Strukturen und unsere politische Arbeit gestärkt werden.

Sie können uns entweder durch eine Spende unterstützen oder Sie werden Mitglied im Förderverein. Mit einem jährlichen Beitrag von 40 € sind Sie auf der Jahreshauptversammlung stimmberechtigt. [Einen Antrag auf Fördermitgliedschaft finden Sie auf unserer Internetseite.](#) Wir freuen uns immer über neue Mitglieder im Verein!

Spenden und Mitgliedsbeiträge an ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V. sind gemäß § 10 b Abs. 1 EStG steuerlich abzugsfähig. Eine Spendenbescheinigung für die Steuererklärung erhalten Sie immer im ersten Quartal des Jahres von uns.

Spendenkonto:

ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V.

Sparkasse Essen

IBAN: DE14 360 5010 5000 1600 626

BIC: SPESDE33XXX

Oder online über: <https://www.spendenportal.de/projekte/projekt/12128>

Kooperationspartner*innen, Gremienarbeit, Förderer*innen

Kooperationspartner*innen:

- Beratungsstelle „Nachtfalter“ für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution
- Aidshilfe Essen
- EXILE Kulturkoordination Essen e.V.
- Frauenberatungsstellen/Schwangerschaftskonfliktberatung
- Beratungszentrum Lore-Agnes-Haus
- Medinetz Essen e.V./medizinische Flüchtlingshilfe
- Verbraucherberatung
- Hartz-IV-Beratungsstellen
- Jugendhilfe Essen gGmbH
- Integrations Sprachkursträger
- Migrationserstberatung
- Träger der regionalen Beratungsstellen (AWO, Plan B, CSE)
- Diakoniewerk Essen und Caritas Essen: städtische Flüchtlingsberatung in den Übergangsheimen, Ehrenamtskoordination von CSE und Diakonie
- Jugendamt Essen: Integrationsberatung für Menschen mit libanesischem Zuwanderungshintergrund
- Jugendamt Essen: Amtsvormünder für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
- Migrant*innenvereine
- Stadtteilbüros
- Antirassismustelefon Essen
- Raphaelswerk Essen (Ausreise- und Perspektivberatung)

Gremienarbeit in Essen - ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen ist...

- ... beratendes Mitglied im Integrationsrat der Stadt Essen
- ... Mitglied im Flüchtlingsbeirat der evangelischen Kirche in Essen
- ... Mitglied im Ökumene-Ausschuss der ev. Kirchengemeinde Kettwig
- ... Mitglied im AK Emi Essener Migrationsarbeit interaktiv
- ... Mitglied im AK Flucht und Migration
- ... Mitglied im AK regionale Beratung in Essen

Überregionale Vernetzung - ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen ist...

- ... Mitglied beim Flüchtlingsrat NRW
- ... Mitglied der vom Land NRW geförderten Flüchtlingsinitiativen
- ... Mitglied der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft Pro Asyl (Frankfurt)
- ... Mitglied des AK Westliches Ruhrgebiet, Verbund von Flüchtlingsberatungsstellen
- ... Mitglied des Stiftungsbeirats der Stiftung Leben ohne Rassismus
- ... Mitglied Vorbereitungsgruppe der Behörden- und BAMF-Tagung

Förderer*innen - ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V. wird gefördert von...

- ... vielen Mitgliedern und Spender*innen
- ... dem Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfond (AMIF)
- ... dem Land NRW
- ... der Stadt Essen
- ...der Uno-Flüchtlingshilfe
- ... der evangelischen Kirche in Essen
- ...der evangelischen Kirche im Rheinland
- ...Komm-An-Mittel

Impressum

Herausgeber:

ProAsyl/Flüchtlingsrat e.V.
Friedrich-Ebert-Straße 30
45127 Essen

Tel.: 0201-20539

Fax: 0201-2200387

www.proasylessen.de

Vertreten durch: J. Gerhard-Kemper, N. Naghshbandi, A. Staude